

„Ablehnung jeder bewußten Katastrophenpolitik“

Grundsatzantrag des Bundesvorstandes der Jungsozialisten für den Kongreß 1974 in München

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten 1974 beginnt am kommenden Freitag in München. Der noch amtierende Vorstand mit Wolfgang Roth an der Spitze legt den Delegierten einen Antrag vor, in dem die Aufgaben der Juso-Arbeit in den kommenden Jahren aus der Sicht des Vorstandes entwickelt werden. In dem Papier setzt sich der Bundesvorstand auch mit den beiden Gruppierungen innerhalb der Jungsozialisten, den sogenannten Nichtreformisten und den Vertretern der Stamokap-Theorie, auseinander. Die FR berichtet darüber. Wir bringen den vollständigen Wortlaut des Vorstandsantrages.

Reform und Staat

Da die Jungsozialisten konkrete politische Veränderungen in der Gesellschaft in der BRD bewirken wollen, müssen sie über die Funktion des Staates und die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderungsprozesse über die staatliche Ebene konkrete Aussagen machen. Die Einschätzung des Staates und der Möglichkeit einer fortschrittlichen Reformpolitik wird zwangsläufig in verschiedenen historischen Phasen und in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich ausfallen. Pauschale Kennzeichnungen des Staates als Instrument des Kapitals oder der Monopole sind für die konkrete politische Arbeit völlig unbrauchbar, und die Verwerfung aller Reformpolitik als systemstabilisierende Staatsaktivität bedeutet nichts anderes, als daß man sich den konkreten Aufgaben der Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung durch Flucht in eine Sphäre vorgeblich theoretischer Reinheit entzieht.

Vielmehr kommt es darauf an, die einzelnen Staatsfunktionen und die konkreten Reformmaßnahmen darauf zu überprüfen, ob sie den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung dienen oder nur einer kleinen Elite von Kapitalgebern und Kapitalverfüchern. Wer in der Beurteilung des Staates und staatlicher Reformpolitik nicht über die üblichen Globalkennzeichnungen hinauskommt, macht sich unglaubwürdig, weil er weder den Unterschied zwischen einer liberalen und konservativen Staatsorganisation noch erst recht den qualitativen Unterschied zwischen dem faschistischen Staat des „Dritten Reichs“ und dem der BRD begrifflich fassen kann. Für die Generation der Deutschen, die den Faschismus bewußt erlebt haben, und für diejenigen, die heute in Griechenland, Portugal, Chile usw. ähnliches erleben, ist dieser Unterschied eine durch keine Theorie der Welt wegzudiskutierende Erfahrungstatsache.

Die Jungsozialisten erkennen den großen Wert funktionsfähiger parlamentarisch-demokratischer Institutionen für die Weiterentwicklung der Gesellschaft zum demokratischen Sozialismus an. Sie kritisieren aber die aus den gesellschaftlichen Machtverhältnissen herfließenden Einschränkungen der Demokratie und die tatsächliche Ausrichtung eines großen Teils staatlicher Politik an den Interessen mächtiger Minderheiten. Die parlamentarische Demokratie ist nicht das ideale Herrschaftsmittel des Kapitals. Vielmehr bietet sie die Möglichkeit gesellschaftlicher Reformen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und wird daher auch vom Kapital als ständige Bedrohung empfunden. Aus der Geschichte — auch aus den jüngsten Ereignissen in Chile — ist die deutliche Lehre zu ziehen, daß das Kapital immer wieder Versuche unternimmt, die Demokratie zu liquidieren, wenn sie ihm gefährlich wird.

Ausgehend von der Möglichkeit weitgehender Manipulation der öffentlichen Meinung durch kapitalabhängige Medien, ist „formale Demokratie“ zuweilen abqualifiziert und diffamiert

worden. Zwar ist es richtig, daß mit Mehrheit gefaßte Beschlüsse im Kern undemokratisch und inhuman sein können, aber dennoch ist eine Diffamierung bloß „formaler“ Demokratie abzulehnen, weil sie notwendig in die Annahme einer elitären Position führt. Der demokratische Sozialismus beruht auf der Überzeugung, daß bei entsprechender Bildungs-, Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit die formal demokratischen Entscheidungen der Mehrheit auch inhaltlich demokratisch sind. Es gibt kein anderes Mittel, den Gemeinwillen auszumachen, als auf einem genau festgelegten und überprüfbar Weg der Ermittlung der Mehrheitsmeinung. Alles andere ist Mystik, die historisch oft genug in unkontrollierte Machtausübung und Willkür umgeschlagen ist.

Darum sind staatliche oder staatsähnliche Institutionen und verfassungsmäßig verankerte und organisierte Prozesse der Willensbildung für alle absehbare und damit politisch relevante Zukunft notwendig. Die Theorie vom Absterben des Staates ist für hochkomplexe moderne Gesellschaften offenbar unbrauchbar. Auch im Sozialismus müssen Willensbildung und Verwaltung organisiert und institutionell verankert werden. Für den demokratischen Sozialismus ist dabei die Einhaltung folgender Prinzipien von größter Bedeutung:

1. Möglichkeit organisierter Opposition
2. Unabhängigkeit der Rechtsprechung von der politischen Führung
3. Autonomie der Gewerkschaften gegenüber der politischen Führung
4. Minderheitenschutz
5. Meinungs- und Pressefreiheit

Der Staat der Bundesrepublik ist in seinen Funktionen weder schlicht Herrschaftsinstrument des Kapitals oder der Monopole noch neutraler Sachwalter allgemeiner Interessen. Erst recht nicht ist der Staat der BRD seinem wie immer begrifflich überhöhten „Wesen“ nach durch und durch kapitalistisch. Vielmehr kommen in der Staatsaktivität widerstreitende Kräfte zum Ausdruck. Unter den gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnissen setzen sich dabei in den meisten Fällen die Interessen privilegierter Gruppen, besonders des Großkapitals, durch.

Dies liegt aber nicht am parlamentarisch-demokratischen System der BRD als solchem, sondern an spezifischen Unzulänglichkeiten dieses Systems und an den Rahmenbedingungen, insbesondere an der wirtschaftlichen Machtkonzentration und der Struktur der Öffentlichkeit, unter denen es funktioniert. Es geht für die Jungsozialisten nicht darum, das parlamentarisch-demokratische System der BRD als Instrument kapitalistischer Herrschaft zu diffamieren, sondern es auszubauen und seine volle Wirksamkeit für die Durchsetzung des Mehrheitswillens zu entfalten. Die aus der Macht des Kapitals herrührenden undemokratischen Strukturen stehen im offenen Widerspruch zu wesentlichen Normen des Grundgesetzes wie z. B. der Sozialbindung des Eigentums sowie der Meinungs- und Pressefreiheit. Eine sozialistische Veränderung der

BRD, d. h. die Demokratisierung aller Lebensbereiche, ist darüber hinaus durch das Grundgesetz ausdrücklich als Möglichkeit vorgesehen.

Die Doppelstrategie der Jungsozialisten ist eine Strategie zur Erweiterung des Spielraums staatlicher Politik und der Verbesserung der Chancen der unmittelbaren und mittelbaren Einwirkung der Bevölkerung auf die Prozesse gesellschaftlicher politischer Gestaltung. Auf- und Ausbau von Gegenmachtpositionen der Lohnabhängigen, d. h. vor allem gesellschaftliche Stärkung und innere Demokratisierung der Gewerkschaften, ist eine zentrale Voraussetzung für die Loslösung der staatlichen Institutionen aus den Zwängen der Kapitalverwertung. Nur durch den Druck einer organisierten Gegenmacht zum Kapital können entscheidende gesellschaftspolitische Veränderungen in der BRD und darüber hinaus im EG-Bereich durchgesetzt werden.

Freilich müssen auch die staatlichen Einrichtungen selbst weiter demokratisiert werden. Es ist notwendig, die Möglichkeit der wirksamen Kontrolle der



JOHANO STRASSER, stellvertretender Juso-Vorsitzender, dessen Handschrift der Vorstandsentswurf trägt.

Exekutive durch das Parlament und die Öffentlichkeit zu verbessern. Hierzu ist vor allem erforderlich, daß Wege gefunden werden, den Informationsvorsprung der Exekutive abzubauen und die Entscheidungsvorgänge der Administration für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Im Zusammenhang mit der immer deutlicher werdenden Notwendigkeit langfristiger Planung werden diese Probleme noch dringender.

Parallel hierzu ist die Kontrolle der Abgeordneten durch Partei und Öffentlichkeit zu verbessern, um zu verhindern, daß Abgeordnete unter dem Vorwand der Gewissensfreiheit sich vom Wählerauftrag entfernen und zum willfährigen Objekt mächtiger Lobbyisten werden. Die Jungsozialisten halten zwar ein imperatives Mandat weder für praktikabel noch wünschenswert, aber sie treten entschieden dafür ein, daß die Abgeordneten ihre Entscheidungsgründe gegenüber ihrer Partei und der Öffentlichkeit offenlegen, damit ihre parlamentarische Tätigkeit wirksam kontrolliert und sachkundig kritisiert werden kann.

Ziel der Politik antikapitalistischer Strukturreformen ist die Demokratisierung und Vergesellschaftung nicht nur des ökonomischen Bereichs, sondern auch des Staates. Beide Prozesse, der der Vergesellschaftung der Wirtschaft und der der Vergesellschaftung des Staates, müssen nach Auffassung der Jungsozialisten gleichzeitig in kleineren und größeren Veränderungsschritten vorangetrieben werden, damit nicht an die Stelle allmächtiger Konzernbürokratien eine allmächtige Staatsbürokratie tritt. Diese Veränderungen können so lange den Charakter staatlicher Reformpolitik tragen, solange die Demokratie in der BRD nicht durch das Kapital liquidiert wird.

Die abstrakte Alternative von Reform oder Revolution ist für die politische Arbeit der Jungsozialisten unfruchtbar. Vielmehr kommt es darauf an, Reformen, die wirkliche Veränderungen in den Machtverhältnissen zugunsten von mehr Möglichkeiten der Selbstbestimmung für die arbeitende Bevölkerung bewirken (antikapitalistische Strukturreformen), von Reformen zu unterschei-



WOLFGANG ROTH, Bundesvorsitzender der Jusos, der beim kommenden Kongreß nicht mehr kandidieren wird — Mitglied des Parteivorstandes der SPD.

(Bilder: FR-Archiv)

den, die lediglich die Anpassung gesellschaftlicher Strukturen an neue Erfordernisse kapitalistischer Produktion und Herrschaft vollziehen und damit die Position der herrschenden Minderheit weiter festigen. Dabei ist es wichtig, auf welche Weise konkrete Reformvorhaben durchgesetzt werden; ob es gelingt, die Betroffenen in ihrer Breite zu mobilisieren und zu aktiver Vertretung ihrer eigenen Interessen zu bewegen.

Reformen und Reformvorhaben müssen auch danach beurteilt werden, in welchem Maße mit ihnen Aktionen zur Erweiterung der Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Bevölkerung in Gang gesetzt werden können. Die bisherige Politik der SPD hat in ihrer Beschränkung auf die institutionelle Ebene unter den restriktiven Bedingungen staatlicher Politik im Kapitalismus vielfach zu einem konzeptionslosen Pragmatismus geführt, der zur Folge hatte, daß das Ziel des demokratischen Sozialismus aus dem Blickfeld gedrängt wurde. Erst in jüngster Zeit sind diejenigen Kräfte in der SPD wieder verstärkt, die statt Anpassung eine schritt-

weise Überwindung des kapitalistischen Systems anstreben, die nicht an den Symptomen kurieren, sondern die Ursachen, d. h. die strukturellen Mängel, beseitigen wollen.

Für die Jungsozialisten haben beispielsweise folgende Forderungen den Rang antikapitalistischer Strukturreformen:

- Ausdehnung und inhaltliche Weiterentwicklung der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung
- gesetzlich garantierter Bildungsurlaub
- generelles Verbot der Aussperrung
- demokratische Reform des Ausbildungssektors
- Herstellung innerer und äußerer Pressefreiheit
- Schaffung von mehr Transparenz der Verwaltung und besserer Möglichkeiten der Kontrolle von Abgeordneten
- Vergesellschaftung des Finanzsektors und der wichtigsten Unternehmen im Industrie-, Handels- und Dienstleistungsbereich

— Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung und Investitionslenkung.

Diese Forderungen sind zum Teil bereits von der SPD oder einigen ihrer Untergliederungen und den Gewerkschaften erhoben worden. Gerade die zuletzt aufgeführten Forderungen nach Vergesellschaftung und gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung und Investitionslenkung sind heute in der BRD wie in ganz Westeuropa von besonderer Aktualität, weil sich immer deutlicher die Notwendigkeit verstärkter direkter Staatseingriffe in die wirtschaftlichen Prozesse zeigt. Viele wirtschaftliche Entscheidungen, die noch vor wenigen Jahren sowohl nach der tatsächlichen Zuständigkeit als auch im öffentlichen Bewußtsein privat waren, werden heute auf staatlicher Ebene getroffen. Die heute deutlicher zutage tretenden strukturellen Schwächen des kapitalistischen Systems machen vermehrte Interventionen des Staates unbedingt erforderlich.

Hierin liegt für die Jungsozialisten eine politische Chance ersten Ranges:

Vermehrte Staatseingriffe im ökonomischen Bereich haben eine Politisierung wirtschaftlicher Fragen im öffentlichen Bewußtsein zur Folge, die in der angelegenen Planungsdebatte in der BRD genutzt werden muß. Gesamtgesellschaftliche demokratische Planung und Abbau privater Verfügungsgewalt über Produktion und Verteilung erweist sich heute auch — und gerade — unter dem Gesichtspunkt staatlicher Politik als notwendig.

Die Stagflation und die Energiekrise ist der aktuellste Anlaß für Forderungen in dieser Richtung. Dadurch, daß die Planungsdebatte öffentlich geführt wird, muß der Legitimationsdruck auf Staat und SPD verstärkt werden, damit dem massiven Druck des Kapitals entgegengekömmt werden kann.

Gerade die Fragen umfassender demokratischer Wirtschaftsplanung machen aber noch ein weiteres Problem deutlich: Viele Fragen, beispielsweise die der Sicherung des Energiebedarfs, lassen sich nicht mehr im nationalen Rahmen allein lösen, sondern bedürfen der koordinierten Regelung auf der Ebene der EG. In der EG gibt es aber noch keine mit auch nur annähernd ausreichenden Kompetenzen ausgestattete demokratisch kontrollierte staatliche Gewalt, die Veränderungsprozesse in dieser Richtung tragen könnte. Das Verhältnis von Reform und Staat und die Möglichkeiten der Doppelstrategie stellen sich bezüglich Fragen von westeuropäischer Tragweite somit anders dar. Um auch im Bereich der EG eine Politik antikapitalistischer Strukturreformen durchführen zu können, muß die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften in Westeuropa verstärkt, die Demokratisierung der europäischen Institutionen durchgesetzt und eine europäische Öffentlichkeit geschaffen werden, die die politischen Organe auf dieser Ebene wirksam kontrollieren kann.

Das Konzept der Doppelstrategie und der antikapitalistischen Strukturreform enthält die Ablehnung jeder bewußten Katastrophenpolitik. Die Jungsozialisten wenden sich entschieden gegen eine Politik der bewußten Förderung krisenhafter Entwicklungen, die von der Vorstellung ausgeht, daß nur aus dem allgemeinen Zusammenbruch der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen eine bessere Gesellschaftsorganisation entstehen könne. Vielmehr wollen sie die Kontinuität politischer Entwicklungen nutzen, um die Forderung des Godesberger Programms der SPD nach einer „neuen Wirtschafts- und Sozialordnung“ durchzusetzen. Um einen solchen Prozeß gesellschaftlicher Weiterentwicklung abzuschern und um diejenigen Kräfte abzuwehren, die die Demokratie nur so lange respektieren, solange sie ihren kapitalistischen Interessen nicht im Wege ist, ist es erforderlich, demokratische Verhaltensweisen in direkten Aktionen einzuüben, demokratiegefährdende Machtkonzentrationen abzubauen, die Organisationen der arbeitenden Bevölkerung zu stärken und die Verpflichtung der staatlichen Machtapparate auf die Demokratie zu gewährleisten. Von der Qualität der Arbeit der Linken in der BRD, von ihrer Fähigkeit bzw. Unfähigkeit zur Integration aller demokratischen Kräfte und der Überzeugungskraft ihrer gesellschaftlichen Alternativen wird es abhängen, ob der Staat der BRD und die vom ihm getragene Reformpolitik eine Entwicklung zum demokratischen Sozialismus möglich macht.

Bewußtseinsveränderung durch außerparteiliche Mobilisierung

Im Gegensatz zu der klaren Priorität, die im Vorstandsentwurf der parlamentarischen Arbeit eingeräumt wird, wird in der Kongreßvorlage des Bezirks „Westliches Westfalen“ die außerparlamentarische und außerparteiliche Arbeit hervorgehoben. Dies geht soweit, daß als Aufgabe der Partei angesehen wird, die außerparlamentarischen und außerparteilichen Kampagnen ein- und anzuleiten und in ihnen durch sie die sozialistische Perspektive deutlich zu machen.“ Aus dem 27 Seiten umfassenden Antrag der „Nicht-reformisten“ bringen wir Auszüge.

I. Grundsatz und Zielbestimmung

1. Die Jungsozialisten gehen bei ihrer Arbeit in der SPD im Rahmen der Doppelstrategie von folgenden Voraussetzungen aus:

a) Eine grundlegende Veränderung der heutigen SPD kann sich nur als Folge einer Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen und somit des Druckes der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften und kämpferische Aktionen zur Durchsetzung ihrer Interessen einstellen. Diese Änderung ist unter den genannten Voraussetzungen deshalb möglich, weil die SPD aufgrund ihrer Klassenbasis in der Arbeitsgemeinschaft zu einer Veränderung ihrer Politik gezwungen werden kann.

b) Gerade unter dem Gesichtspunkt der Veränderung der Partei ist es die vorrangige Aufgabe der Jungsozialisten-Organisation, außerparlamentarische und außerparteiliche Mobilisierungskampagnen mit klarer antikapitalistischer und sozialistischer Stoßrichtung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene voranzutreiben. Die Kampagnen müssen abgeleitet werden aus einem allgemeinen Programm zur Überwindung des Kapitalismus und daraus folgenden Aktionsprogrammen für die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche. Im Zusammenhang damit kommt es darauf an, die inhaltliche Entwicklung der SPD durch eine intensive Programmdiskussion (z. B. Langzeitprogramm) und Schulungsarbeit und die Auseinandersetzung um konkrete Forderungen an sozialdemokratische Politik voranzutreiben. Solche Kampagnen müssen in erster Linie an den Klassenauseinandersetzungen im betrieblichen Bereich orientiert werden, damit sie antikapitalistische Qualität behalten bzw. erst gewinnen können.

c) Die Parteiarbeit der Jungsozialisten und ihre jeweils nächsten Ziele müssen abhängig sein von den außerparlamentarischen und außerparteilichen Kampagnen und den durch sie herausgestellten Zielen (z. B. Lohnraub-Kampagne). Die Stabilität und Erweiterung von personellen und politischen Positionen in der Partei und den Instituten ist nur auf der Grundlage einer erfolgreichen Mobilisierung der arbeitenden Bevölke-

rung gewährleistet. Die Möglichkeiten der Parteiarbeit müssen in der gegenwärtigen Phase zur Sicherung der durch Kampagnen und Einzelaktionen erkämpften Positionen und zur Ausweitung der innerparteilichen Toleranz gegenüber Mobilisierungsaktionen eingesetzt werden.

2. Außerparteiliche Mobilisierung kann und darf dabei nicht verstanden werden als Hinweis auf Mißstände, um deren Beseitigung sich dann Parlamente und Verwaltungen kümmern müssen. Ziel der außerparteilichen Mobilisierung ist die Bewußtseinsveränderung und Organisation der lohnabhängigen Bevölkerung in der SPD und den DGB-Gewerkschaften gegen kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung. Außerparteiliche Mobilisierung muß an gesellschaftlichen Widersprüchen anknüpfen und eine sozialistische Perspektive deutlich machen.

3. Nur wenn Mobilisierungsarbeit durch die Jungsozialisten so konsequent betrieben wird, kann die SPD wirklich verändert werden:

a) Es werden neue Einflußmöglichkeiten auf die politische Praxis der Partei an ihrer Basis selbst geschaffen (Vertrauensleutekörper, Betriebsgruppen, Initiativen im Wohnbereich), die die Politik der Partei stärker beeinflussen werden als z. B. zwischenfraktionelle Absprachen mit der CDU oder FDP in verschiedenen Parlamenten.

b) Durch diesen Druck derart organisierter Teile der Lohnabhängigen verlieren die Mitglieder der Parlamentsfraktionen, Regierungen und Verwaltungen das Monopol der Entscheidung über die Politik der SPD.

c) Kampferfahrung und Erfolgserlebnisse werden dazu beitragen, die Mitglieder aus der Arbeiterklasse zu aktivieren. Gleichzeitig werden als Folge einer Mobilisierung im Betriebsbereich verstärkt neue Mitglieder aus der Arbeiterklasse gewonnen und solche Mitglieder, die Erfahrung in außerparteilicher Praxis haben.

d) Damit wird gleichzeitig die Vorherrschaft der sozial bevorteilten Gruppen der Lohnabhängigen (lohnabhängig, aber sozial bevorzugen durch Bildung, Arbeitsplatzsituation und Einkommen;

vor allem: Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, im Büro tätige Angestellte von Privatunternehmen) in den Parteifunktionen und Parlamentsmandaten gebrochen.

e) Erst im Zuge eines solchen Prozesses kann die Diskussion um die Klasseninhalte sozialdemokratischer Politik in der gesamten SPD geführt werden.

4. Aus der Erkenntnis dieser Zusammenhänge folgt, daß das Ziel der Parteiarbeit der Jungsozialisten nicht das bloße „Kippen“ von Organisationsgliedern sein darf. Im Gegenteil, eine solche Auffassung ist bereits der erste Schritt zur Anpassung und zum Linkskarrierismus, der zwar die Parteiorganisation aktiviert und effektiver macht, aber nichts an ihrer politischen Ausrichtung ändert.

5. Ziel der Parteiarbeit der Jungsozialisten ist es auch nicht, die sozialistischen Kräfte in der SPD auf den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei zu orientieren. Obwohl unter bestimmten Bedingungen (Bundesausschußbeschuß) gemeinsame punktuelle Aktionen möglich sind, ist es ebensowenig Ziel der Juso-Parteiarbeit, zur Stärkung der DKP und zur Ausweitung von deren Einflußbereich, Teile der Sozialdemokratie auf eine grundsätzliche Einheitsfront mit der DKP zu orientieren.

6. Das Ziel der Parteiarbeit der Jungsozialisten ist die Umwandlung der heutigen SPD in eine konsequent sozialistische Partei, die sich die Bedingungen ihres Handelns weder vom Monopolkapital noch von dessen politischer Agentur, der CDU/CSU, diktieren läßt. Die SPD darf nicht nur Objekt sein, in dem sich die Klassenkämpfe der Gesellschaft widerspiegeln, sondern sie muß zu einer konsequent sozialistischen Partei werden, die die Entwicklung von Klassenbewußtsein auf Seiten der Lohnabhängigen bewußt vorantreibt und organisiert. Nur dann kann sie mit Aussicht auf Erfolg den Kampf für den Sozialismus aufnehmen.

Gleichzeitig ist es Aufgabe der Partei, die außerparlamentarischen und außerparteilichen Kampagnen ein- und anzuleiten und in ihnen durch sie die sozialistische Perspektive deutlich zu machen.

7. Es muß damit gerechnet werden, daß im Zuge einer Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen und des Veränderungsprozesses der Partei Teile der SPD, die eine Politik im Interesse des Kapitals verfolgen, versuchen werden, die Partei zu spalten oder wie im letzten Wahlkampf mit großem Propagandaaufwand zur CDU überlaufen. Die Jungsozialisten selbst beabsichtigen

nicht, die Partei zu spalten. Die mit den rechten Spaltungsversuchen verbundenen Gefahren für die Arbeiterbewegung können nur in dem Maße vermieden werden, wie die sozialistischen Kräfte in der SPD jetzt schon damit beginnen, ihre Politik in der arbeitenden Bevölkerung zu verankern und bekanntzumachen, um die arbeitende Bevölkerung für den Sozialismus zu gewinnen.

II. Inhaltliche und organisatorische Ansatzpunkte der Parteiarbeit

1. Inhaltlich muß an Erfahrungen angeknüpft werden, die im Zuge der Regierungstätigkeit der Partei zu einer Desillusionierung über die Möglichkeiten sozialdemokratischer Regierungspolitik und zu einer gewissen Radikalisierung des Reformismus weiter Teile der Partei geführt und in vielen Parteigliedern den rechten Flügel in die Minderheit gedrängt haben. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen sind die sozialistischen Kräfte in der Partei verstärkt mehrheitsfähig geworden. Diese Erfahrungskomplexe sind:

a) Abhängigkeit politischer Planung von den autonomen Investitionsentscheidungen privater Kapitalunternehmen,

b) Außenwirtschaftspolitik als bloße Reaktion auf die Gewinnplanung multinationaler Konzerne,

c) Infrastrukturpolitik als Organisation öffentlicher Vor- und Folgeleistungen der privaten Kapitalverwertung,

d) „Stabilitätspolitik“ als Verhinderung dringend notwendiger finanzieller Aufwendungen zur Verbesserung der Lebensqualität der Lohnabhängigen und Randgruppen,

e) „Stabilitätspolitik“ als lohnpolitische Disziplinierung der Lohnabhängigen zugunsten des Profits der Kapitalisten,

f) politische Disziplinierung und Abbau demokratischer Rechte zugunsten reibungsloser Kapitalverwertung gerade durch sozialdemokratische Regierungen und Verwaltungen,

g) die Unzulänglichkeit bloßer Wahlsiege und Parlamentsmehrheiten bei einer entpolitisierten Bevölkerungsmehrheit, wenn es gilt, kapitalistische Interessen zu verwinden.

2. Es ist Aufgabe der Jungsozialisten, die mit diesen Erfahrungen verbundenen politischen Vorstellungen weiter zu radikalisieren und gegen den harten Kern der Parteirechten zu wenden. Nur so besteht eine Chance, daß sich die Mehrzahl der Parteimitglieder der Grenzen des Reformismus bewußt wird. Dieses wird jedoch nur dann möglich sein, wenn die Jungsozialisten in der in-

nerparteilichen Diskussion ständig ihre weitergehenden Vorstellungen offen vertreten:

a) Die Jungsozialisten müssen ständig darauf hinweisen, daß mögliche fortschrittliche Maßnahmen der SPD (paritätische Mitbestimmung, Bodenrecht) aus zwei Gründen scheitern müssen: Einmal, weil die Erfordernisse der Kapitalverwertung, vor allem der Monopole, an die staatliche Tätigkeit und deren vielfältige institutionelle Sicherung die politische Wirksamkeit derartiger Reformen verhindert; zum zweiten weil die heutige SPD ihre Politik nicht als sozialistische Strategie, sondern als Verteilungspolitik im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung begreift. (Erhöhung des Staatsanteils am Brutto-sozialprodukt, Vermögensbildung usw.) Die strukturellen Hindernisse des heutigen Kapitalismus sind jedoch selbst wieder durch eine umfassende Mobilisierungspolitik veränderbar. Diese muß von den abhängig Beschäftigten aktiv getragen werden.

b) Antikapitalistische Strukturreformen sind nur dann durchzusetzen, wenn die abhängig Beschäftigten die ständig zunehmenden und sich verschärfenden Widersprüche des kapitalistischen Systems als Klassenauseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital verstehen und ihre politische Perspektive in der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und dem Aufbau einer sozialistischen Demokratie unter Führung von SPD und Gewerkschaften sehen. In diesem Sinne ist es notwendig, daß die Jungsozialisten in allen innerparteilichen Diskussionen die punktuellen Erfolge von Basismobilisierung und ihre Umsetzung in fortschrittlichen Parteibeschlüssen (Bodenrecht) abgrenzen von verbreiteten Illusionen über enge Grenzen, die sozialdemokratischer Reformpolitik bei Beibehaltung der kapitalistischen Grundstrukturen der Gesellschaft und dem Verzicht auf Massenmobilisierung gesetzt sind.

c) Die Jungsozialisten müssen der Partei verdeutlichen, daß staatliche Politik nicht der Träger der Entwicklung zum Sozialismus sein kann, sondern die kapitalistischen Interessen nur durch die mobilisierte Arbeiterklasse überwunden werden können und daß SPD und Gewerkschaften zum Träger dieser Mobilisierung werden müssen. Daraus folgt, daß von den Jungsozialisten klargemacht werden muß, daß die Durchsetzungschance von Reformen über die staatlichen Institutionen abhängig sind vom Stand der Klassenauseinandersetzung selbst. Die Partei muß

deshalb vorrangig in den Betrieben, den Wohnvierteln und auf der Straße aktiv werden.

3. Organisatorisch muß angeknüpft werden an Widersprüchen der Parteiorganisation, die sich als Folge der Rolle der SPD im heutigen Kapitalismus entfalten:

a) Die Regierungstätigkeit der heutigen SPD als Modernisierung des Kapitalismus, die gleichzeitig die Erwartungen der arbeitenden Bevölkerung heraufsetzt, aber durch die Zwänge des politischen und wirtschaftlichen Systems enttäuschen muß (Lohnerhöhungen, Preissteigerungen usw.). In diesem Zusammenhang muß die herrschende politische Praxis der Partei innerhalb der Parlamente und Regierungen analysiert und in ihren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung der BRD kritisch dargestellt werden (Notstandsgesetze, konzertierte Aktion, Ministerpräsidentenerlaß). Hier ist es Aufgabe der Jungsozialisten, dazu beizutragen, die Ansprüche der Lohnabhängigen an die SPD zu erhöhen und diese zu einem verstärkten Druck auf die Partei werden zu lassen. In der innerparteilichen Diskussion werden dann die in II. 1. genannten Punkte angesprochen.

b) Der Widerspruch zwischen dem noch immer vorhandenen Führungsanspruch der Parteigremien und der praktischen Folgenlosigkeit von Beschlüssen, die nicht auf der Linie von Regierungsentscheidungen liegen. Auf diesen Widerspruch müssen die Forderungen nach innerparteilicher Demokratie bezogen werden. Solche Forderungen dürfen also nicht abstrakt gestellt werden, sondern danach, inwieweit sie den genannten Widerspruch zugunsten der sozialistischen Kräfte ausnutzen helfen. Das Anknüpfen an diesen Widerspruch bedeutet auch, daß alle Versuche, in Ortsvereinen und auf Parteitagen Anträge mit dem Hinweis durchzubringen, die angesprochenen Forderungen könnten zwar noch nicht verwirklicht werden, aber die Partei müsse ihre Meinung sagen, als inhaltlich opportunistisch und strategisch falsch zurückgewiesen werden müssen. Eine solche Argumentationsweise kommt nur dem Bestreben der Parteiführungen entgegen, Parteitagsbeschlüsse als Meinungsäußerungen, Empfehlungen oder bestenfalls Verhandlungsgrundlagen aufzufassen und abzuwerten. Vielmehr müssen die Jungsozialisten die Diskussion um die Notwendigkeit von Forderungen mit der Diskussion der Aufgabe der Partei zu ihrer Durchsetzung verbinden.